

Antrag der Fraktion der CDU**Senat Bovenschulte muss das Migrationsamt für die Zukunft schlagkräftig aufstellen**

Seit der ersten Flüchtlingswelle im Jahr 2015 hat das Bremer Migrationsamt ein immenses Arbeitsaufkommen zu bewältigen. Für viele Vorgänge im Zusammenhang mit Einwanderung ist diese Behörde zuständig. Gerade in einem Bundesland wie Bremen, das für seine Weltoffenheit bekannt ist, ist die Bearbeitung von diesen Anträgen Kernaufgabe des Staates.

Leider wurde es vom Senat über Jahre verschlafen, das Migrationsamt personell seinem zusätzlichen Arbeitsaufkommen entsprechend auszustatten. Erst ab dem Jahr 2022 gab es einen Personalaufwuchs und es wurden 28 zusätzliche Stellen beim Migrationsamt geschaffen, von denen bis September 2023 nunmehr 23 besetzt werden konnten.

Die Stellen wurden jedoch nur temporär aus den Globalmitteln "Ukraine-krieg/Energiekrise" geschaffen. Nach dem derzeitigen Haushaltsentwurf der rotrotgrünen Koalition für die Jahre 2024 und 2025 sollen jetzt aber 23 Vollzeitäquivalente (VZÄ) wieder gestrichen werden. Somit soll der gesamte Personalaufwuchs seit 2015 wieder eingespart werden, und das bei einer extrem hohen Zunahme an Fallzahlen: Im Jahr 2020 waren es 13,90 Prozent mehr Eingänge, im Jahr 2021 sogar plus 77,80 Prozent zum Vorjahr. 2022 wiederum plus 24,00 Prozent und die Prognose für 2023 lag bei plus 19,30 Prozent.

In Anbetracht der Änderung des Staatsangehörigkeitenrechts im Januar 2024 und der damit verbundenen Möglichkeit, die doppelte Staatsangehörigkeit zu beantragen, wird es voraussichtlich erneut zu einer Welle von Anträgen kommen. Auch der anhaltende Zuzug von Geflüchteten wird weiter zu einer kontinuierlichen hohen Anzahl an Eingängen von Anträgen beim Bremer Migrationsamt sorgen. Für das Jahr 2024 rechnet das Migrationsamt mit unglaublichen 12 000 Eingängen, das wäre nochmal eine Verdoppelung zu dem Spitzenwert aus 2023 mit rund 6 000 Vorgängen. Wie das Migrationsamt diese Fallzahl mit dem aktuellen Personalkörper schaffen soll, ist eine kaum zufriedenstellend zu

beantwortende Frage. Bei einem Abbau des Personals droht eine Katastrophe.

Die hohe Belastung für jeden einzelnen Mitarbeiter führte bereits dazu, dass der Krankheitsstand in der Behörde immens ist. Schon im Jahr 2023 beliefen sich die Fehlzeiten gemäß einer Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der CDU (Drucksache 21/66 S) im Zeitraum von Juli 2022 bis Juni 2023 auf 11,03 Prozent pro Arbeitstag. Die Mitarbeiter des Migrationsamts haben ihre Erledigungszahlen von 2022 auf 2023 gleichwohl nahezu verdoppelt. Solch ein Arbeitspensum ist selbstverständlich nicht auf Dauer zu bewältigen. Um ein gutes Auskommen im Migrationsamt zu haben, wären 70 zusätzliche Stellen notwendig, tatsächlich werden nun aber 23 VZÄ gestrichen. Wie das Migrationsamt so arbeitsfähig bleiben soll, ist ein Mysterium.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. für einen personellen Aufwuchs im Migrationsamt entsprechend der stark steigenden Anzahl von Fällen zu sorgen und die im Haushaltsplan für 2024/2025 geplanten Stellenstreichungen von 23 VZÄ zu streichen;
2. die Arbeit des Migrationsamts so weit zu digitalisieren, dass für alle Angelegenheiten, für die kein persönlicher Termin notwendig ist, Onlineanträge auf der Internetseite des Migrationsamts gestellt werden können;
3. den Internetauftritt des Migrationsamtes zu überarbeiten und modern aufzustellen, um auch für künftige digitale Angebote die entsprechenden notwendigen Formulare, Verknüpfungen und Tools zu schaffen;
4. innerhalb von sechs Monaten ein Konzept vorzulegen, dass sich mit den fehlenden Raumkapazitäten des Migrationsamtes beschäftigt und hierfür Lösungsvorschläge aufzeigt;
5. notwendige Dolmetschertätigkeiten im Migrationsamt grundsätzlich auch über Video anzubieten;
6. mindestens drei Self-Service-Terminal beim Bremer Migrationsamt bereitzustellen, mit dem Bürger auch ohne Termin bestimmte dringende Anliegen, bei der nur die Identifikation mittels eines Ausweises erforderlich ist, erledigen können.

Dr. Wiebke Winter, Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU